



Gelsenkirchener Patriot

Newsletter der AfD in Gelsenkirchen

Falsche Energiepolitik vernichtet Gelsenkirchener Arbeitsplätze



Von Friedhelm Rikowski

Mit seinem Beitritt zum Pariser Klimaschutzabkommen hat sich Deutschland dem Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung verschrieben. Allein zu Ostern 2024 sind deutschlandweit 15 Kohlekraftwerke vom Netz gegangen. In den Büros der „Grünen“ dürften die Sektkorken geknallt haben. Die Bundestagsabgeordnete der „Grünen“ Henneberger (Studium ohne Abschluss) bejubelte die aktuellen Abschaltungen als „großen Erfolg für Klimagerechtigkeit“.

Unseren letztverbliebenen drei Kernkraftwerken sind bereits im Jahre 2023 die Stecker gezogen worden. Man importiert lieber Atomstrom aus Nachbarländern, u. a. von den Franzosen. In Frankreich werden aktuell 56 Kernkraftwerke betrieben, Tendenz steigend.

Dass Deutschland im europäischen Vergleich die höchsten Strompreise bezahlen muss, erscheint daher nicht verwunderlich. Gewerbestrom kostet in Deutschland ca. 26 Cent pro kWh, in Frankreich liegt der Preis bei ca. 10 Cent pro kWh. Einer der Hauptgründe für den Preisunterschied liegt bei der in Deutschland fälligen CO₂-Abgabe. Dem deutschen Staat sind im Jahre 2023 18,4 Mrd. Euro aus dieser Abgabe in seine Kassen gespült worden.

Nach Erhebungen der Industrie- und Handelskammer haben 71 % der befragten Unternehmen aus unserer Region die Entwicklung der Energiekosten als wesentliche Ursache für Insolvenz, Betriebseinstellung, Abwanderung ins Ausland

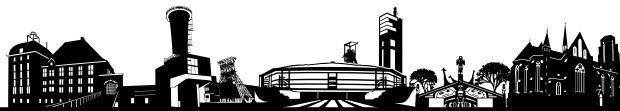
etc. angegeben. Anstatt die verantwortlichen Ampelpolitiker mit diesen Fakten zu konfrontieren, beschäftigen sich Wirtschaftsverbände und die meisten Lokalpolitiker lieber mit Randthemen.

Als Stadtverordneter im Ausschuss für Wirtschaftsförderung musste ich in jüngster Vergangenheit mehrmals unerfreuliche Meldungen aus der Gelsenkirchener Wirtschaft zur Kenntnis nehmen. Ende 2023 war es der Arbeitsplatzabbau beim Autozulieferer ZF, im März 2024 standen uns Vertreter der BP-Raffinerie Rede und Antwort. Standort Gelsenkirchen sei nicht genügend wettbewerbsfähig. Raffinerieprodukte würden günstiger im Ausland produziert usw. Die unterschiedlichen Strompreise sind dabei von entscheidender Bedeutung.

Bei BP könnte demnächst ein Produktionsrückgang um ca. ein Drittel zu erwarten sein, 230 Arbeitsplätze stünden zur Disposition. Die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt wären durch den steuerlichen Schaden (Gewerbesteuer) beachtlich. Anhebungen der kommunalen Hebesätze müssten erfolgen. Ein extrem schädlicher bzw. schmerzhafter Schritt für den Wirtschaftsstandort Gelsenkirchen und seine Bevölkerung!

Die völlig verfehlte und ideologisch bedingte nationale Energiepolitik hinterlässt auch in Gelsenkirchen gravierende Schäden. Die Bürger sollten sich mit ihrer Stimme dieser Fehlentwicklung erwehren. Am 09.06.2024 besteht dazu bei der Europawahl eine gute Gelegenheit.





Vorläufiges Leihroller-Aus in GE

Wirtschaftsfeindlich oder sicherheitsbewusst?



Von Mathias Pasdziorek

Seit dem 20.04.2024 dürfen im Stadtgebiet keine E-Roller mehr zum Verleih angeboten werden. Hintergrund ist ein Streit zwischen der Stadtverwaltung und den Anbietern „Bolt“ und „Tier“, bei dem es um die Identifizierung der Fahrer geht. Es war möglich, die Roller unter falschem Namen zu nutzen, da die Apps keinerlei Dokumente wie Personalausweis, Pass oder Führerschein erforderten.

Ermittlung von Unfallverursachern oft unmöglich

Nur eine gültige Zahlungsmethode – PayPal oder Kreditkarte – wurde benötigt, und leider ist es z.B. im Dark Net nicht besonders schwierig, an gestohlene Kreditkartendaten zu kommen. Entsprechend oft war die Ermittlung von Leihrollernutzern, die in Unfälle verwickelt waren, unmöglich. Und Unfälle mit E-Rollern gab es leider mehr als genug, zum Teil mit schwerverletzten Kindern und einem Todesopfer.

Bereits Ende März war die Sondernutzungserlaubnis der beiden Anbieter ausgelaufen und eine Erneuerung sollte nur erfolgen, wenn eine Nutzer-Identifizierung per Ausweis verpflichtend in die Apps implementiert würde. Dies sahen die Firmen als unverhältnismäßiges und diskriminierendes

Vorgehen und zogen vors Verwaltungsgericht, welches aber ihre Eilanträge ablehnte.

Auch unsere Ratsfraktion hat sich in den letzten Jahren immer wieder mit der Problematik der Leihroller befasst. Unter anderem beantragten wir im Sommer 2023, dass die Betreiber verpflichtet werden sollten, Neigungssensoren und blinkende LEDs nachzurüsten, damit auf Straßen und Radwegen liegende Roller nicht so leicht übersehen werden. Denn die Identifizierung der Kunden nutzt wenig, wenn korrekt abgestellte Roller von Dritten umgeworfen oder anderweitig verkehrsgefährdend platziert werden.

Ein signifikanter Sicherheitsgewinn

Insgesamt ist es für die Betreiber und ihre gesetzestreuen Kunden natürlich tragisch, dass die Sondernutzungserlaubnis nicht verlängert wurde. Für die übrigen Verkehrsteilnehmer ist damit allerdings ein signifikanter Sicherheitsgewinn verbunden. Daher halten wir das Vorgehen der Stadtverwaltung für nachvollziehbar und angebracht. Vielleicht findet sich in Zukunft auch noch eine Verleihfirma, die bereit ist, für eine sichere Identifizierung ihrer Kunden zu sorgen und Neigungssensoren und Warn-LEDs in ihre E-Roller einzubauen.





Veranstaltungshinweis

Frauen-Infostand zum EU-Wahlkampf

Wann? 11.05.24 ab 10:00 Uhr
Wo? Hochstraße/Ecke Blindesstr.
Ge-Buer

Wahlkampf- unterstützung

für Flyer, Infostände und Beobachtung in den
Wahllokalen bitte melden unter:

robert.monka@afd-gelsenkirchen.de

